Abo **Thomi Jourdan vor KSBL-Showdown**

Liestal und Bruderholz beibehalten? «Es ist richtig, dass die Landräte skeptisch sind»

Die Regierung will an den Standorten des Kantonsspitals Baselland festhalten. Am Donnerstag entscheidet das Parlament über die millionenschwere Vorlage. Der Gesundheitsdirektor spricht im Interview über die langwierige Debatte.




Benjamin Wirth, **Oliver Sterchi**
Publiziert heute um 06:13 Uhr



Fühlt sich teilweise missverstanden: Gesundheitsdirektor Thomi Jourdan.
Foto: Kostas Maros

Hören Sie diesen Artikel:

00:00 / 09:44 1X AI Voice by BotTalk

Herr Jourdan, am Donnerstag kommt es zum Showdown im Landrat, der entscheidet, wie es mit dem Kantonsspital Baselland (KSBL) weitergehen soll. Wie nervös sind Sie?

Nervös nicht. Ich freue mich, weil wir das Geschäft nach über drei Jahren hoffentlich abschliessen können. Mit dem, was wir dem Parlament vorlegen, bin ich zufrieden.

Aber Sie würden zustimmen: Die vergangenen Wochen waren für Sie die schwierigsten, seit Sie in den Regierungsrat gewählt wurden?

Auch das würde ich nicht sagen. Natürlich bin ich angespannt, alles andere wäre nicht normal. Allerdings verspüre ich viel Vorfreude. Uns ist es gelungen, in meiner ersten Amtszeit ein Geschäft in den Landrat zu bringen, über das seit über zwanzig Jahren diskutiert wird. Und erinnern Sie sich, was ich bei meinem Amtsantritt betont habe? Ich wollte für die Gesundheitsversorgung im Baselbiet eine zukunftsfähige Strategie entwerfen. Das haben wir geschafft.

Hand aufs Herz: Auch Ihnen war doch immer klar, dass am Ende nur die 2-Standort-Lösung – also die Weiterführung der Spitäler Bruderholz und Liestal – mehrheitsfähig ist?

Nein, das war das Ergebnis eines längeren Prozesses. Ohne die erfolgte Auslegeordnung wäre die Vorlage nicht glaubwürdig vermittelbar. Zudem ist es meine Aufgabe als Regierungsrat, bei einem Entscheid dieser Tragweite wirklich alle Alternativen zu prüfen. Das haben wir getan.

«Natürlich bin ich angespannt, alles andere wäre nicht normal.»

Ihnen wird vorgeworfen, mit den Vorschlägen für verschiedene Varianten die KSBL-Frage unnötig in die Länge gezogen zu haben.

Mir scheint es manchmal, als würden wir nur über die Standortfrage sprechen. In der öffentlichen Wahrnehmung geht unter, dass wir auch grundsätzliche Fragen geprüft haben. Die künftige Ausrichtung des KSBL zum Beispiel: Welche Disziplinen bieten wir an? Könnten wir auch eine andere Form von Spital führen, kleiner, konzentrierter, ambulanter? Was ich sagen will: Wir haben in den vergangenen Jahren eine strategische Grundsatzdebatte geführt, von der die Standortfrage ein wichtiger Teil ist. Aber es ging um weit mehr. Manchmal ist es in der Debatte schwer, dieser Komplexität gerecht zu werden.

Haben die Landräte diese Komplexität verstanden?

Ich bin zuversichtlich, dass eine Mehrheit hinter der Strategie steht. Die Kommission hat sich in 29 Sitzungen mit dem Dossier auseinandergesetzt und trägt nun den Kurs mehrheitlich mit. Die Prüfung von mehr als einem Dutzend Varianten hat gezeigt: Die Vorlage ist der einzig vernünftig umsetzbare Entscheid. Damit wird die Versorgung für das ganze Baselbiet sichergestellt und die Notfallversorgung abgedeckt. Ein Spital muss dort erreichbar sein, wo Menschen es im Alltag benötigen. Die Variante ist auch finanziell die beste – aus betrieblicher Sicht für das Unternehmen, aus Sicht der Kantonsfinanzen und mit Blick auf die Gesundheitskosten. Zudem lässt sie sich in einem vernünftigen Zeitraum umsetzen. Darf ich noch etwas anfügen?

Nur zu.

Wir bauen hier für die nächste Generation. Wenn wir über Schulen, Strassen oder Bildungsbauten reden, sprechen wir zu Recht von Investitionen. Bei der Gesundheitsversorgung reden wir oft nur von Kosten. Das bedaure ich, weil auch diese Investitionen zu unserer Lebensqualität beitragen.



Das Kantonsspital in Liestal.
Foto: Dominik Plüss

In den Kommissionen war die Vorlage gleichwohl umstritten. Im Parlament wird nun erneut darüber diskutiert werden, die Pläne an die Regierung zurückzuweisen.

Die Kommission hat selbst Varianten zur Prüfung in Auftrag gegeben und sie dann wieder verworfen. Es wäre nach dieser breiten Variantenprüfung zu erwarten, dass die Kritiker eine andere umsetzbare Lösung auf den Tisch legen. Tatsache ist: Ein tragfähiger Gegenvorschlag besteht nicht. Auch das zeigt mir, dass die Regie-

rung und die Kommissionsmehrheit ihre Arbeit gut gemacht haben. Es gibt einfach keine besseren Alternativen.

Haben Sie den Gegenwind unterschätzt? Immerhin geht es um rund 850 Millionen Franken.

Nein. Dass eine solche Vorlage auch auf Kritik stösst, war erwartbar. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die 2-Standort-Lösung die sinnvollste ist, verlagerte sich die Auseinandersetzung auf die Finanzierung. Dabei möchte ich festhalten, dass wir die Kosten und den Finanzierungsbedarf in Art und Umfang schon im November 2024 aufgezeigt haben. Aber es ist richtig und selbstverständlich, dass die Parlamentarier skeptisch sind – das ist ihr Auftrag.

« Es ist richtig und selbstverständlich, dass die Parlamentarier skeptisch sind – das ist ihr Auftrag.»

Wenn wir über den Widerstand sprechen, gibt es seit Monaten eine wiederkehrende Frage: Warum kooperiert das Baselbiet nicht stärker mit Basel-Stadt? Können Sie die Zusammenarbeit wirklich nicht nochmals prüfen?

Wer war es, der in Basel-Stadt wegen eines Abgleichs der Infrastrukturen angefragt hatte – damals im Spätherbst 2023, noch bevor Basel-Stadt mit dem Bau des Klinikums 2 anfing und das Unispital das Claraspital kaufte? Ich war das. Wer hat den Impuls gegeben, alle umliegenden Kantone für eine gemeinsame Gesundheitsregion anzufragen? Auch das kam von unserer Seite. Die Antwort war immer dieselbe: Nein. Wer uns vorwirft, wir hätten Kooperationen nicht angestrebt, liegt falsch. Wir haben gefragt. Umgekehrt wurden wir nie angefragt.

Und trotzdem taucht diese Forderung im Parlament immer wieder auf.

Das muss ich zur Kenntnis nehmen. Wenn die Nachbarkantone vollendete Tatsachen schaffen, können wir das nicht ändern. Aber wir müssen auch zwischen Versorgung und Spitalbauten unterscheiden: In der Versorgung planen wir umfassend gemeinsam mit Basel-Stadt. Gleichzeitig pflegen die Spitäler in der Region viele Kooperationen.



«Wenn die Vorlage scheitert, wäre das fatal.»
Foto: Kostas Maros

Kürzlich sorgten Aussagen der Solothurner Spitäler für Aufsehen, wonach sie an einer engeren Zusammenarbeit mit dem Baselbiet interessiert wären. Von den Regierungen kam dann sogleich ein Dementi. Warum?

Die Frage ist, wer solche Vorschläge lanciert. Unser Gesprächspartner ist die Solothurner Regierung oder allenfalls der Verwaltungs-

rat. Und da wurde die Lage innert Stunden klargestellt: Es gab kein Angebot und keine Absicht für eine neue Zusammenarbeit beim Spitalausbau.

Mehrere Landräte stören sich daran, dass sich die KSBL-Führung um Verwaltungsratspräsidentin Barbara Staehelin in die Debatte einmischt. Es wurden Flyer erstellt, Politiker persönlich angeschrieben und abtelefoniert. Muss man das als Verzweiflungstat verstehen?

Das KSBL ist einer der grössten Arbeitgeber in unserem Kanton. Letztlich trägt der Verwaltungsrat auch den Angestellten gegenüber Verantwortung. Ich finde es legitim, dass sich der Verwaltungsrat für seinen Betrieb einsetzt.

Das ist schon mehr als gewöhnliches Lobbying – notabene von einem Staatsbetrieb. War das mit Ihnen abgesprochen?

Ja. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die KSBL-Führung den Parlamentariern nach Vorliegen der Kommissionsberichte ein persönliches Gespräch anbieten möchte. Es geht um ein Gesprächsangebot, das jeder ablehnen kann.

«Letztlich trägt der Verwaltungsrat auch den Angestellten gegenüber Verantwortung.»

Mit Blick auf den grossen Showdown am Donnerstag: Was ist Ihr Worst Case?

Wenn die Vorlage scheitert, wäre das fatal. Die bestehenden Projekte müssten fallen gelassen werden. Es würde wohl einen jahrelangen Stillstand bedeuten. Denn – ganz ehrlich – es gibt nichts, was wir nicht geprüft hätten. Sonst wäre das ja als umsetzbarer Gegenvorschlag da. Beim KSBL käme es zu grossen Unsicherhei-

ten. Wahrscheinlich würde das Spital viele gute Leute verlieren, da die Zukunft des Unternehmens ungeklärt bleibt.

Das klingt wie eine Drohung ans Parlament, das die Vorlage mit dieser Argumentation ja kaum mehr ablehnen kann.

Es ist meine Aufgabe, auch die Konsequenzen eines Nein aufzuzeigen. Denn jeder Entscheid hat konkrete Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung, auf die Mitarbeitenden des KSBL, und er kostet viel Geld. Tatsache ist: Es gibt keinen Plan B. Wir dürfen ausserdem nicht vergessen: Das KSBL ist eines der zwanzig grössten Spitäler in der Schweiz, eine Institution, die Planungssicherheit braucht. Wird die Vorlage zurückgewiesen oder abgelehnt, wäre das äusserst schwierig.

In ein paar Monaten sind Wahlen. Machen Sie Ihre politische Zukunft vom bevorstehenden Entscheid zum Kantonsspital Baselland abhängig?

Nein, ganz sicher nicht. Es geht nicht um meine persönliche Bilanz, sondern um die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung.

NEWSLETTER

Guten Morgen Basel
Erhalten Sie die wichtigsten und spannendsten News aus der Region, der Schweiz, der Welt und dem Sport.
Weitere Newsletter

Abonnieren

Benjamin Wirth ist Journalist und Autor. Er ist Mitglied des Politikteams im Lokalressort. Mehr Infos
𝕏 @beniwirth
Oliver Sterchi ist stellvertretender Chefredaktor der «Basler Zeitung». Mehr Infos

Fehler gefunden? Jetzt melden.